Der Mittelstand.
BVMW e.V.
Bundesverband

DER MITTELSTAND FRAGT –
POLITIK ANTWORTET!

WAHLPRÜFSTEINE BUNDESTAGSWAHL 2025

Bewertung der Antworten



Forderungen des BVMW wurden im vollen Umfang übernommen.



Stellt aus BVMW-Sicht eine Verbesserung zum Status Quo dar.



Widerspricht den Interessen des Mittelstandes.

1. Der Investitionsbedarf in Deutschland staut sich auf mehrere Hundert Milliarden Euro. **Wie stellen Sie sicher, dass in der nächsten Legislatur in diesem Rahmen investiert wird? Muss die Schuldenbremse dazu modifiziert werden?**

CDU Rund 90 Prozent der Investitionen werden im privaten Sektor getätigt. Deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern und dazu insbesondere die Steuerbelastung reduzieren. Unser Ziel ist eine attraktive Unternehmensbesteuerung von maximal 25 Prozent auf einbehaltene Gewinne, die wir schrittweise umsetzen wollen. Für mehr öffentliche Investitionen braucht es vor allem eine entsprechende Prioritätensetzung im Bundeshaushalt. An der grundgesetzlichen Schulden-bremse halten wir indes fest. Denn sie stellt sicher, dass Lasten nicht unseren Kindern und Enkeln aufgebürdet werden. Sie verpflichtet die Politik, mit den Einnahmen auszukommen, die für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zur Verfügung stehen und sie entsprechend zu priorisieren. Dadurch sichert sie die dauerhafte Tragfähigkeit des Bundeshaushalts. Auch in Krisenzeiten hat sie ihre Funktionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen.

SPD In Deutschland besteht sehr großer Investitionsbedarf, im öffentlichen wie im privaten Sektor. Für die Realisierung der drängenden öffentlichen Investitionen, z.B. im Bereich Verkehr, Bildung und Verwaltung, muss deren Finanzierung sichergestellt werden. Damit wollen wir verhindern, dass kommenden Generationen „Investitionsschulden" vermacht werden.

Die Finanzierung von solch langfristigen Investitionen über Kredite ist sinnvoll, weil die Finanzierungskosten so gerecht über viele Jahre verteilt werden können. Die Schuldenbremse soll stabile Staatsfinanzen sicherstellen, jedoch ist sie nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der Zukunft ausgelegt. Daher wollen wir die Schuldenbremse so reformieren, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den Wohlstand ermöglicht werden – für Bund und Länder.

Die Grünen Deutschland ist von früheren Regierungen jahrelang auf Verschleiß gefahren worden. Zu lange hat es zu wenig verlässliche öffentliche Investitionen gegeben. Dabei steht hinter jeder öffentlichen Investition realwirtschaftliche Wertschöpfung. Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten. Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen pünktlich an ihr Ziel bringen, die Kitas und Schulen sanieren, in denen Chancen für alle entstehen, die Forschung finanzieren, die die Technologien und den Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum für Investitionen in ihre Zukunft ermöglichen.

Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form verhindert Investitionen. Daher wollen wir sie reformieren und neue finanzielle Spielräume für Investitionen schaffen.

Dabei werden wir sicherstellen, dass die Gesamtverschuldung dauerhaft tragfähig bleibt. Klar ist auch: Bei sogenannten konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeit strikten Regeln.

FDP Die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ist für uns Freie Demokraten zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit. Der Staat hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Verteidigung müssen entsprechend priorisiert werden. Klar ist aber auch, dass der Großteil aller Investitionen von Privaten kommt. Das ist der Schlüssel für den Aufschwung. Deshalb wollen wir die Standortbedingungen so verbessern, dass Unternehmen wieder mehr in Deutschland investieren. Drei wichtige Bausteine dafür sind: weniger Bürokratie, niedrigere Steuern, bezahlbare Energie. Um die Abwanderung privater Kapitalgeber und institutioneller Investoren in das Ausland zu verhindern, braucht es konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Investitionen in Start-ups und Wachstumsunternehmen.

Die Linke Die Linke setzt sich dafür ein, dass massiv u.a. in die Energiewende, Mobilitätswende, Umbau der Industrie, Gesundheitswesen, Bildung, Wohnen investiert wird.

Dafür wollen wir mit unseren Steuerkonzept für Mehreinahmen der öffentlichen Hand sorgen. Zukunftsinvestitionen wollen wir auch kreditfinanziert ermöglich. Die sogenannte Schuldenbremse wollen wir abschaffen.

2. Wie machen Sie den Standort Deutschland für mittelständische Unternehmen steuerlich wieder wettbewerbsfähig? Werden Sie den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen?

CDU Unser Ziel ist eine attraktive Unternehmensbesteuerung von maximal 25 Prozent auf einbehaltene Gewinne, die wir schrittweise umsetzen wollen. Dazu senken wir insbesondere die Tarifbelastung und verbessern wesentlich das Optionsmodell und die Thesaurierungsbegünstigung. Bei den bestehenden Steuersystemen für Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften schaffen wir mehr Wahlrechte, Einheitlichkeit und Durchlässigkeit. Zudem weiten wir den Verlustrücktrag aus und schaffen die Beschränkung des Verlustvortrags durch die Mindestbesteuerung ab. Den restlichen Solidaritätszuschlag schaffen wir ab. Er hat seine Aufgabe längst erfüllt, ist fast 35 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr zu rechtfertigen und belastet Unternehmen, Fachkräfte und Sparer.

SPD Wir wollen Unternehmen steuerlich entlasten – und zwar mit gezielten Anreizen für Investitionen, nicht mit pauschalen Steuersenkungen für alle mit der Gießkanne. Mit dem „Made-in-Germany"-Bonus schaffen wir eine unkomplizierte und unbürokratische Steuerprämie, die Investitionen am Standort Deutschland attraktiv macht und effektiv anreizt. Die Steuerprämie senkt die Investitionskosten und steigert die Rentabilität. Außerdem wollen wir Personenunternehmen steuerlich entlasten, wenn diese ihre Gewinne wieder investieren.

Der Solidaritätszuschlag hat sich bei der Bewältigung der Generationenaufgabe Wiedervereinigung bewährt. Wir werden dieses Instrument weiterführen; es dient der Finanzierung der Transformation unseres Landes.

Die Grünen Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Unser Ziel ist es, den Standort Deutschland durch gezielte Entlastungen und einen fairen steuerlichen Rahmen wettbewerbsfähig und zukunftssicher zu machen.

Wer in Deutschland investiert, soll es bei der Steuer leichter haben:Dazu führen wir eine auf fünf Jahre befristete, unbürokratische Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein. Diese Prämie wird mit der Steuerschuld des Unternehmens verrechnet; falls die Prämie die Steuerschuld übersteigt, wird sie ausgezahlt. Durch digitalisierte und vereinfachte Steuerverfahren werden wir den Aufwand für KMU reduzieren.

Der Solidaritätszuschlag wurde für rund 90 Prozent der Steuerzahler*innen abgeschafft. Spitzenverdiener*innen sollen weiterhin einen fairen Beitrag leisten, um wichtige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz zu sichern. Daher werden wir den Soli in den Einkommensteuertarif integrieren.

FDP Für die FDP ist klar: Die Unternehmen in Deutschland brauchen wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern. Deshalb wollen wir die Unternehmenssteuerbelastung auf unter 25 Prozent drücken. Dafür wollen wir die Körperschaftssteuer absenken und den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen. Das deutsche Steuerrecht wollen wir entbürokratisieren, die Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen und Einkünfte aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und Verpachtung einfacher besteuern. Doppelbesteuerungen müssen konsequent vermieden werden. Wir wollen künftig Reingewinne statt Scheingewinne besteuern, indem wir Hinzurechnungstatbestände konsequent abschaffen. Die Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter erhöhen wir und erweitern die Sammelabschreibung für Wirtschaftsgüter, deren Wert über der Sofortabschreibungsgrenze liegt. Die Existenz von Unternehmen darf nicht durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer gefährdet sein. Wir fordern deshalb, dass die Freibeträge automatisch um die Inflationsrate erhöht werden.

Die Linke Die Linke setzt auf eine gute Infrastruktur, sichere und nachhaltige Energieversorgung, ein gutes Bildungssystem und eine gute soziale Infrastruktur als Grundlage für eine zukunftsfähige Wirtschaft.

Einen internationalen Steuerwettbewerb, der letztlich nur zu fehlenden Investitionen in wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen führt, lehnen wir ab. Unser Steuerkonzept entlastet untere und mittlere Einkommen und damit auch viele Kleinst-, Klein- und mittelständische Unternehmer*innen und Selbstständige.

Die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages lehnen wir ab.

3. Immer mehr Steuergelder werden zur Stabilisierung der Sozialversicherungen herangezogen. Die Debatte um das Bürgergeld und dessen Höhe hält an. **Wie stellen Sie sich einen zukunftsfähigen und finanzierbaren Sozialstaat vor?**

CDU Das sogenannte „Bürgergeld" senkt die Anreize, eine Arbeit aufzunehmen. Es fördert nur und fordert nicht mehr. Es schadet mehr, als es nützt, und spaltet unser Land. Wir stehen für eine Neue Grundsicherung, die das Prinzip „Fördern und Fordern" wieder einführt und den Zusammenhalt stärkt, weil sie klarmacht: Unser Staat unterstützt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Zugleich stellt er eine klare Forderung: Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten und darf nicht auf Kosten der Gemeinschaft leben. Mehr denn je gilt: Im Sinne eines starken und stabilen Rentensystems muss unser Land endlich wieder wirtschaftlich zulegen. Denn je mehr Menschen sozialversicherungspflichtig arbeiten, desto besser ist dies für stabile soziale Sicherungssysteme und die Rente. Die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung werden wir zukunftsfest aufstellen. Dazu streben wir mehr Effizienz beim Einsatz von Beitragsgeldern an und stärken den Wettbewerb der Krankenkassen.

SPD Ein zukunftsfähiger Sozialstaat muss sicherstellen, dass die großen Risiken Altersarmut, Krankheit und Pflegebedürftigkeit solidarisch und verlässlich abgesichert sind. Wir setzen auf ein solidarisches Sozialversicherungssystem, das die Leistungen an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, um unbürokratisch und gerecht zu helfen. Steuermittel wollen wir sinnvoll einsetzen um etwa nicht beitragsgedeckte Leistungen zu finanzieren, und die Sozialbeiträge für Versicherte und Arbeitgeber möglichst stabil zu halten. Auch künftig ist dafür ein hoher Beschäftigungsstand entscheidend.

Das Bürgergeld ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung und es wird zurecht Mitwirkung eingefordert.

Unser Ziel ist es, Langzeitarbeitslose mithilfe von Qualifizierung und z.B. dem sozialen Arbeitsmarkt dabei zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden.

Die Grünen In schwierigen Zeiten braucht es einen verlässlichen Sozialstaat, der Menschen unter die Arme greift, wenn sie in Not geraten. Zudem müssen sich die Menschen auf die Leistungen der Renten- und Sozialversicherungen verlassen können, beispielsweise wenn sie in den Ruhestand wechseln oder pflegebedürftig werden. Das beste Mittel, um die Beiträge dennoch bezahlbar zu halten, sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in die Systeme einzahlen. Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen. Versicherungsfremde Leistungen finanzieren wir aus Steuermitteln und entlasten so die Beitragszahlenden.

Und wir sorgen für eine faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Dazu beteiligen wir beispielsweise auch Privatversicherte an dem solidarischen Finanzausgleich des Gesundheitssystems und lassen auch Abgeordnete in die gesetzliche Rente einzahlen.

FDP Wir Freie Demokraten wollen das Bürgergeld grundlegend reformieren – hin zu mehr Aktivierung. Unser oberstes Ziel lautet: Arbeit statt Bürgergeld. Das ist nicht nur als Perspektive für die Menschen in einer Notlage wichtig, sondern auch eine Frage der Fairness gegenüber dem arbeitenden Steuerzahler. Wir wollen erwerbsfähige Arbeitslose zu einer aktiven Bringschuld und Eigeninitiative inklusive Beweislast verpflichten. Bei fehlender Initiative sollen Sozialleistungen Stück für Stück reduziert werden. Dazu wollen wir die Sanktionen wirksamer gestalten. Wir wollen zudem das Steuer- und Sozialsystem leistungsgerecht im Sinne einer negativen Einkommensteuer aufeinander abstimmen: Mit jedem selbst verdienten Euro sinkt die Transferleistung – aber so, dass sich Mehrarbeit stets spürbar lohnt. Hohe Sozialabgaben belasten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Wir wollen die Sozialausgaben wieder auf unter 40 Prozent drücken. Dafür müssen künftige Bundesregierungen zu konkreten Maßnahmen verpflichtet werden. Um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen, braucht es deutlich mehr kapitalgedeckte Elemente in der Gesetzlichen Rentenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung.

Die Linke Die Linke steht zu einem leistungsfähigen Sozialstaat, er ist für uns eine wichtige Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Wer krank oder pflegebedürftig ist, soll alle nötigen Leistungen erhalten. Wer arbeitslos oder nicht-erwerbsfähig ist, soll hinreichend abgesichert sein.

Jede*r soll sich auf eine lebensstandardsicherende gesetzliche Rente verlassen können. Dafür wollen wir die Sozialversicherungen umbauen. Wir wollen eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung: alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben. Bei der Rentenversicherung sollen alle mit Erwerbseinkommen einzahlen. Durch unser Steuerkonzept sorgen wir für Mehreinnahmen der öffentlichen Hand. Damit sorgen wir für eine zukunftsfähige Finanzierung unseres Sozialstaates.

4. Was werden Sie gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel im Allgemeinen und in KMU im Besonderen unternehmen?



CDU Mit einer Fachkräfteoffensive sorgen wir für mehr Produktivität. Vor allem Frauen in Teilzeit sind eine Gruppe mit großem Potenzial für den Arbeitsmarkt. Es braucht bessere Rahmenbedingungen für Vollzeitarbeit oder vollzeitnahe Arbeit. Menschen in Helfertätigkeiten fördern wir auf ihrem Weg zu einer qualifizierten Fachkraft und entwickeln Anreize zum Erwerb beruflicher Qualifikationen. Darüber hinaus schaffen wir mehr Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten. Arbeiten im Alter machen wir mit einer Aktivrente attraktiv. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei.



Schließlich wollen wir schnellere und digitale Prozesse für Erwerbszuwanderer. Dazu richten wir eine digitale Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) ein. Fachkräfte erhalten so Service aus einer Hand: Von der Anwerbung und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreisevoraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel.



SPD Es gilt gute Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung zu fördern. Dazu gehören etwa eine frühere Berufsorientierung an den Schulen oder ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen. Außerdem wollen wir Unternehmen, insbesondere auch KMU, gezielt bei der Förderung von Weiterbildung während des Strukturwandels unterstützen. Über regionale Verbünde, Transformationscluster und Weiterbildungsagenturen wollen wir KMU bei der Transformation durch niedrigschwellige Beratungsangebote und die Förderung regionaler Netzwerke unterstützen. Darüber hinaus gilt es vorhandene Potenziale in unsere Gesellschaft zu aktivieren. Bei der Zuwanderung von Fachkräften wollen wir das Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln. Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen soll unbürokratischer und schneller erfolgen. Außerdem wollen wir eine frühzeitige Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten durch Sprachförderung oder Integrationskurse ermöglichen.



Die Grünen Wir setzen auf ein umfassendes Konzept zur Arbeits- und Fachkräftesicherung: Deutschland hat 2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, während viele Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Wir müssen dazu beitragen, dass junge Menschen besser ihren Weg in den Beruf finden und die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen. Wenn alle Frauen mit Kindern so arbeiten könnten, wie sie möchten, hätten wir in Deutschland bis zu 840.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch flächendeckend verfügbare Betreuungsangebote, gleiche Löhne und flexible Arbeitszeitmodelle. Älteren Beschäftigten werden wir finanzielle Anreize für längeres Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus bieten. Außerdem brauchen wir gezielte Weiterbildung in Unternehmen und durch Bildungsagenturen, erleichterte Zuwanderung von Fachkräften inklusive einer digitalen Einwanderungsagentur und den weiteren Abbau von Hürden bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.



FDP Deutschland braucht mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Hochqualifizierten Fachkräften wollen wir diese weiter erleichtern. Zudem wollen wir die Europäische Blue Card für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument der Westbalkanregelung wollen wir ausweiten. Mit einem One-Stop-Shop bündeln und beschleunigen wir Verfahren. Dafür wollen wir den gesamten Visaprozess auf den Prüfstand stellen. Darüber hinaus wollen wir bei der schulischen Bildung und bei der beruflichen Ausbildung ansetzen. Gerade für KMU ist eine bessere berufliche Bildung ein wichtiger Pfeiler. Dazu wollen wir die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung weiterentwickeln. Wir wollen das Potenzial der beruflichen Bildungszentren besser nutzen und diese zu regionalen Innovations- und Gründerzentren ausbauen. Eine spürbare Entlastung für KMU ist auch die überfällige Reformierung des Arbeitszeitgesetzes. Immer mehr Arbeitnehmer arbeiten inzwischen orts- und zeitunabhängig und wünschen flexible Arbeitszeiten. Ein erster größerer Schritt in Richtung Flexibilisierung ist die Umstellung von der Tages- auf die Wochenhöchstarbeitszeit, für die wir uns stark machen.



Die Linke Der Fachkräftemangel ist nicht vom Himmel gefallen. Gründe sind hohe Arbeitsverdichtung, niedrige Löhne und auslaugende Arbeitsbedingungen. Das führt zu Dauerstress und Erschöpfung bei den Beschäftigten. Beispielsweise in der Pflege ist der Teilzeitanteil daher sehr hoch und viele können sich nicht vorstellen, dass sie es bis zur Rente schaffen. Als Linke schlagen wir eine 4-Tage Woche mit vollem Lohnausgleich vor. Mehrere europäische Ländererproben dieses Modell bereits, mit positiven Resultaten. Eine kurze Vollzeit von 30 Stunden beugt nicht nur Dauerstress und Arbeitsausfall vor, sie führt auch zu einer steigenden Produktivität. So schaffen wir gute Arbeit und erhöhen die Attraktivität für Fachkräfte. Fast 3 Millionen junge Menschen haben keinen Abschluss. Wer einen Ausbildungsplatz sucht, hängt oft in Warteschleifen fest – vor allem Hauptschüler*innen und Migrant*innen sind benachteiligt. Die Hälfte der Auszubildenden ist überlastet, weil sie den Fachkräftemangel kompensieren müssen. Die Qualität und Ausbildungsbedingungen müssen dringend verbessert werden. Bis 2030 müssen 160 000 zusätzliche Lehrkräfte in der beruflichen Bildung eingestellt werden.

5. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um den Dreiklang aus Energiewende, Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähigen Energiekosten zu bewältigen? Ist das Wiederanfahren von Kernkraftwerken eine Option für Sie?

CDU Die Energiekrise hat unser Land verändert: Höhere Preise bei steigendem Energiebedarf verunsichern das Land. Für uns ist klar: Energie muss verlässlich verfügbar, bezahlbar, sicher und sauber sein. Wir beenden die ideologiegetriebene Politik der Ampel und stellen alle Kostentreiber auf den Prüfstand. Es braucht eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und Klimaschutz vereint. Dazu möchten wir alle Kapazitäten ans Netz bringen, die klimafreundlich und systemdienlich sind, angefangen bei einem zielgerichteten weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir erhöhen die Versorgungssicherheit durch eine pragmatische Kraftwerkstrategie, die einen technologieoffenen Kapazitätsmarkt etabliert und damit wettbewerblich für Absicherung der gesicherten Leistung sorgt.

Gerade auch mit Blick auf die Klimaziele und die Versorgungssicherheit hat die Kernkraft eine bedeutende Rolle. Dabei setzen wir auf die Forschung zu Kernenergie der vierten und fünften Generation, SMRs und Fusionskraftwerken. Wir streben zudem schnellstmöglich eine fachliche Bestandsaufnahme an, ob angesichts des jeweiligen Rückbaustadiums eine Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke unter vertretbarem technischem und finanziellem Aufwand noch möglich ist.

SPD Unternehmen benötigen bezahlbare Energie, um erfolgreich sein zu können. Wir werden massiv investieren in eine langfristig sichere und bezahlbare Energieversorgung durch Erneuerbare Energien zu international wettbewerbsfähigen Preisen. Dazu werden wir die Netzentgelte zunächst stabilisieren und dann schnellstmöglich auf 3 Cent pro Kilowattstunde deckeln. Die Stromsteuer werden wir auch dauerhaft auf das europäische Mindestmaß begrenzen.

Die Atomenergie ist die teuerste Energieform und sie ist mit erheblichen Risiken behaftet, gerade mit Blick auf den Atommüll. Deshalb war und ist der deutsche Atomausstieg die richtige Entscheidung und dabei bleibt es. Mit diesem Maßnahmenbündel geben wir den Unternehmen in Deutschland Planungs- und Investitionssicherheit bei Energie und Prozessen.

Die Grünen Die Energiepreise sind wieder auf Vorkrisenniveau. Immer häufiger sorgen erneuerbare Energien für günstige Preise an der Strombörse. Wir wollen, dass die günstigen Preise bei Haushalten und Unternehmen ankommen: Wir übernehmen die Netzentgelte für überregionale Stromleitungen, senken die Stromsteuer auf das EU-Minimum und verstetigen die Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen. Wir halten das Rekordtempo beim Erneuerbaren-Ausbau aufrecht. Wir erleichtern Eigenstromproduktion und fördern langfristige Abnahmeverträge. Das macht Energie günstig, sauber und unabhängig von Geopolitik. Das Wasserstoff-Kernnetz bauen wir zügig aus.

Atomkraft ist nicht nötig für die Versorgungssicherheit und sie ist teuer. Der Strom aus Atomkraft war nur künstlich billig.

So hafteten Atomkraftwerksbetreiber nur begrenzt für eventuelle Schäden und sind nur ungenügend versichert. Diese Kosten wurden jahrzehntelang von den Steuerzahler*innen getragen. Die realen Kosten der Erneuerbaren sind viel niedriger.

FDP Als FDP stehen wir für eine ideologiefreie Energiepolitik auf marktwirtschaftlichen Säulen. Wir wollen bezahlbare Energie für Betriebe und Bürger. Preistreibern sagen wir den Kampf an. Die Stromsteuer wollen wir in einem ersten Schritt auf das EU-Mindestmaß absenken und uns auf EU-Ebene für eine Abschaffung starkmachen. Die EU-Mindestsätze für die Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe wollen wir angesichts des tendenziell steigenden CO_2-Preises sukzessive bis auf null abschmelzen. Um das Angebot an bezahlbarer Energie zu erhöhen, wollen wir die heimische Erdgasförderung ausbauen, Fracking ermöglichen und den Weg für die Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien wie Kernfusion und sicherer Kernkraftwerke (z.B. Mini-Reaktoren) freimachen.

Die Wiederinbetriebnahme der vorhandenen Kernkraftwerke wollen wir rechtlich ermöglichen und die Entscheidung darüber den Betreibern überlassen.

Die deutschen Energienetze wollen wir schnell und kostengünstig ausbauen. Um die Netzkosten zu senken, wollen wir die Netze durch Digitalisierung und die Nachfrage durch dynamische Netzentgelte flexibilisieren. Darüber hinaus wollen wir die Kosten für den Netzausbau erheblich reduzieren, indem die neuen Leitungen in der Regel überirdisch gebaut werden. Zugleich fordern wir eine bessere Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien, Kraftwerken, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft, um die Effizienz des Gesamtsystems zu steigern.

Die Linke Die Linke will nur in echte erneuerbare Energiequellen und Infrastruktur investieren. Wir wollen Energieverbrauch reduzieren und die Energieeffizienz steigern. Der größte Teil unserer zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand soll sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen. Das wollen wir nutzen, um Windrad- und Solarfabriken (wieder) in Deutschland anzusiedeln. Wenige, teure, fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten Strommarkt setzen. Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise lehnen wir ab. Wir fordern eine neue Netzentgeltstruktur. Die Stromerzeuger und der internationale Stromhandel müssen an den Kosten des Stromtransports beteiligt werden, Strom soll so möglichst erzeugungsnah eingesetzt werden, auch damit zukünftiger Netzausbau reduziert wird. Wir fordern die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz. Langzeit-Energiespeicher für die Dunkelflaute wollen wir an strategisch günstigen Orten in das bestehende Stromnetz integrieren, so dass der Netzausbau minimiert werden kann.

6. Wie wollen Sie sicherstellen, dass EU-Digitalgesetze wie der AI-Act und der Data Act in Deutschland mittelstandsfreundlich umgesetzt werden? Welche Maßnahmen planen Sie, um mittelständische Unternehmen bei der Einhaltung der Anforderungen zu unterstützen und den Übergang zu erleichtern?



CDU Bereits bei den Verhandlungen zum AI-Act und Data-Act haben wir uns als Union dafür eingesetzt, die Verordnungen so auszugestalten, dass sie gerade für den Mittelstand gut umsetzbar sind. Wir haben gefordert, dass der bürokratische Aufwand möglichst geringgehalten werden muss, die Regeln präzise und praxisnah sind. Beim AI-Act ist es auf Druck der Union gelungen, Ausnahmen für KMU zu erreichen, zum Beispiel bei vereinfachten Dokumentationspflichten und der Senkung von Gebühren von Konformitätsbewertungsverfahren. Bei der anstehenden nationalen Umsetzung des AI-Act setzen wir uns für schlanke Strukturen ein und für eine Aufsichtsbehörde, die für die Unternehmen niederschwellig als One-Stop-Shop zur Verfügung steht. Mit Blick auf die Umsetzung des Data Act wollen wir, dass die Aufsichtsbehörde insbesondere für KMU umfassende Leitlinien und Best Practices bereitstellen und Schlichtungsstellen zur Streitbeilegung einrichten soll, um kostengünstige und schnelle Lösungen anzubieten. Auch soll sie Unterstützung durch den Datenkoordinator bei grenzüberschreitenden Beschwerdeverfahren zur Verfügung stellen, um den bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu reduzieren.



SPD Wir wollen eine schlanke und effiziente Umsetzung der EU-Digitalgesetzgebung in Deutschland. Insbesondere bei der Umsetzung des AI-Acts wollen wir schlanke und effiziente Strukturen und Prozesse ermöglichen. Dazu wollen wir die zuständigen Behörden u.a. mit ausreichend Personal ausstatten. Die SPD spricht sich mit ihrem Wahlprogramm für eine Entbürokratisierung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen aus.



Die Grünen Es ist unser Anliegen, die Umsetzung von AI-Act und Data Act möglichst bürokratiearm und praxisorientiert voran zu bringen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Zuständigkeiten für die EU-Digitalgesetzgebung bei der Bundesnetzagentur gebündelt werden. Unternehmen haben dann einen zentralen Ansprechpartner, der sie zu Fragen der Umsetzung berät und müssen sich nicht an mehrere Behörden wenden. In KI-Reallaboren können insbesondere KMU und Start-ups neue Entwicklungsfelder im Bereich KI ausprobieren und regulatorisch testen. Mit einem Quick Check für rechtskonforme KI-Systeme sollen Anwender*innen niedrigschwellig prüfen können, in welche Risikokategorie die Verwendung fällt und welche Pflichten einzuhalten sind. Wir unterstützen die Entwicklung neuer Technologien auf Basis von Daten und KI. Dabei setzen wir auf Open Source, gemeinsame Standards, offene Schnittstellen und die Entwicklung einer starken Cloud-Landschaft in Europa.



FDP Wir Freie Demokraten setzen auf gezielte Unterstützung des Mittelstands bei der Umsetzung des AI Acts und des Data Acts. Wichtig ist, dass keine neuen bürokratischen Hürden für KMU entstehen. Sektorspezifische Aufsichtsbehörden bleiben zentrale Ansprechpartner, um ihre Fachkompetenz in hochregulierten Bereichen wie Medizintechnik oder Automobilbau gezielt einzusetzen. Wir fördern KMU durch verständliche Leitlinien, standardisierte Verfahren und verlängerte Übergangsfristen, um den regulatorischen Aufwand zu reduzieren. Steuerliche Erleichterungen sollen Investitionen in KI-Infrastrukturen, Datenmanagement und Audits erleichtern. Der Schutz sensibler Daten und Geschäftsgeheimnisse bleibt dabei essenziell, insbesondere im Datenaustausch zwischen Unternehmen und Behörden (B2G). Ziel ist es, den Mittelstand zu entlasten, Innovationen zu fördern und die neuen EUGesetze als Katalysator für Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung in Deutschland zu nutzen.



Die Linke Die Linke beobachtet mit Sorge, dass viele EU-Digitalgesetze eher zu einer Gefahr für Verbraucher*innen, aber auch KMU werden, anstatt ein Fundament für eine gerechte Digitalisierung zu schaffen. Von dieser Entwicklung profitieren aus unser Sicht vor allem BigTech-Konzerne. Die Linke hat gefordert, dass rechtzeitig ausreichend Mittel und Stellen geschaffen werden, um die Umsetzung der EU-Digitalgesetze zu begleiten und zu überwachen, aber auch betroffenen Anwender*innen bei der Einhaltung der Anforderung zu unterstützen. Leider hat die Ampel-Regierung dies abgelehnt.



Auf EU-Ebene setzen wir uns weiterhin für eine gerechte Digitalisierung ein. Im Bereich der KI heißt dies beispielsweise: Wir wollen KI-Anwendungen fördern, von denen ein gesellschaftlicher Nutzen zu erwarten ist. In anderen Bereichen wollen wir den KI-Einsatz beschränken oder verhindern.

7. Die Gründerquote geht immer weiter zurück und viele Unternehmen stehen vor einem Nachfolgeproblem. **Wie lässt sich das Unternehmertum in Deutschland stärken?**

CDU Wir werben für eine positive gesellschaftliche Grundhaltung zum Unternehmertum und zur Selbständigkeit. Gerade mittelständische Betriebe und Familienunternehmen haben in unserem Land eine wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und stabilisierende Bedeutung. Diese gilt es wertzuschätzen und zu unterstützen. Wir wollen dafür die Rahmenbedingungen verbessern, indem wir die Steuerlast, die Energiekosten und die Bürokratie reduzieren sowie den Arbeits- und Fachkräftemangel mit einer entsprechenden Arbeits- und Fachkräfteoffensive begegnen. Damit auch die nächste Generation ein Unternehmen weiterführen kann, wollen wir Familienunternehmen in der Erbfolge nicht in der Substanz belasten und Unternehmensnachfolgen vereinfachen. Wir wollen Deutschland als Venture Capital- und Startup-Standort etablieren. Dazu bauen wir die Gründungsfinanzierung für innovative Unternehmen aus und schaffen attraktive steuerliche Bedingungen für Wagniskapital. Wir führen zudem eine „Gründerschutzzone“ ein und befreien Gründerinnen und Gründer in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften.

SPD Deutschland braucht ein Jahrzehnt zukunftsfähiger Innovationen und Investitionen. In einem modernen Land mit den richtigen Rahmenbedingungen können Industrie, KMU, Dienstleistungen, Handwerk, Start-ups und Landwirtschaft reüssieren.

Zu diesen Rahmenbedingungen zählen etwa steuerliche Anreize für Investitionen („Made-in-Germany“-Bonus),

eine modere Infrastruktur, gute Bildung oder eine digitale Verwaltung sowie schnelle und unbürokratische Verfahren. Wir wollen mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen” eine eigenständige Rechtsform einführen, die Nachfolgerinnen und Nachfolgern im Mittelstand – zum Beispiel aus der Belegschaft – die treuhänderische Nachfolge einfacher ermöglicht. Dabei werden Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung ausgeschlossen. Wir setzen uns außerdem auch für eine Stärkung der Forschungsförderung ein. Dabei spielen Inkubatoren, Gründungszentren und regionale Innovationscluster wichtige Rollen.

Die Grünen Für die notwendige Innovationskraft braucht Deutschland eine neue Gründungskultur. Mit rechtlichen Vereinfachungen, einer Digitalisierung und Automatisierung von Gründungsprozessen werden wir Gründungen erleichtern. In One-Stop-Shops soll es Begleitung und Beratung aus einer Hand geben. Wir werden Ausgründungen aus Hochschulen erleichtern, die EXIST-Hochschulförderung auf mehr Universitäten ausweiten und den Transferauftrag für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärken. Junge Unternehmen brauchen einen einfacheren Zugang zu Wagniskapital. Dafür werden wir verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen. Außerdem sollen Versicherungen und Rentenkassen leichter in Start-ups und Scale-ups investieren können. Damit auch die Beschäftigten am Unternehmenserfolg beteiligt werden können, weiten wir die Mitarbeiter*innenkapitalbeteiligung aus. Mit einer Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen bieten wir weitere Nachfolgeoptionen.

FDP Wir Freie Demokraten wollen den Gründergeist in unserem Land stärken. Ein wichtiger Baustein dafür ist, die Freude am Unternehmertum wieder zu verbessern. Deshalb darf die erste Frage nicht lauten, wie wir Innovationen regulieren, sondern wie wir sie ermöglichen und stärken. Dazu gehört der Abbau von Bürokratie und schnellere Verfahren – von Beginn an. Mit einem bürokratiefreien ersten Jahr entlasten wir junge Unternehmen vom Papierkram. Gründungen machen wir vollständig digital und innerhalb von 24 Stunden möglich. Auf einer gemeinsamen, staatlichen Plattform sollen alle Anmeldevorgänge von Gewerbeanmeldung bis zu den Sozialversicherungsträgern volldigitalisiert erledigt werden können. Die Umsatzsteuervoranmeldung muss weiter vereinfacht werden. Ein weiterer wichtiger Baustein ist der einfachere Zugang zu Kapital. Mit der WIN-Initiative hat Christian Lindner als Finanzminister einen Meilenstein dafür gelegt, dass Start-Ups in Deutschland einfacher an Kapital gelangen. Darauf wollen wir aufbauen und es Kapitalsammelstellen wie Versicherern und Pensionsfonds noch einfacher machen, in Aktien und Venture Capital zu investieren.

Die Linke Genossenschaftliche Wirtschaftsformen, Betriebsübernahmen durch die Belegschaften auch im Rahmen von Nachfolgeregelungen wollen wir stärken und fördern – u.a. durch unseren Investitionsfonds für die Industrie. Wir wollen, dass Förderprogramme mehr an der Realität von Genossenschaften ausgerichtet werden. Programme für Gründer*innen und für die Unterstützung von Betriebsnachfolgen sollen standardmäßig genossenschaftliche Modelle aufzeigen.

8. Die Bürokratiekosten in Deutschland erklimmen Jahr für Jahr neue Höhen. **Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die immensen Belastungen für Unternehmen endlich zu senken?**

CDU Wir bauen Bürokratie ab. In unserem Wahlprogramm nennen wir zahlreiche Maßnahmen zum Bürokratieabbau: Mit jährlichen „Entrümpelungs"-Gesetzen verringern wir Dokumentations- und Meldepflichten. Darüber hinaus stärken wir die Bürokratiebremse: Für jede neue müssen zwei alte bürokratische Belastungen entfallen („one in, two out"), mehr Bürokratie-Checks in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen, die Beweislastumkehr bei Dokumentationspflichten und die Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes. Aber vollkommen klar ist: Am besten ist die Bürokratie, die gar nicht erst entsteht. Dazu wollen wir Belastungen einen Riegel vorschieben, etwa der Regulierung für nachhaltige Investitionen (Taxonomie) oder der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSR). Wir werden ein „EU-Forechecking" einführen, um in Brüssel viel früher, strategischer und erfolgreicher bei EU-Rechtsakten mitzuwirken. Mit einem „Anti-Gold-Plating-Gesetz" nehmen wir Regelungen zurück, die über das EU-Recht hinausgehen, und unterbinden künftig jegliche Übererfüllung. Wir wollen dem Bürokratieabbau einen höheren Wert beimessen und den Nationalen Normenkontrollrat schlagkräftiger aufstellen und ihn zurück in das Bundeskanzleramt holen.

SPD Wir werden Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren weiter beschleunigen. In Zusammenarbeit mit den Ländern hat die Bundesregierung den Deutschlandpakt zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung erfolgreich auf den Weg gebracht. Diesen Weg werden wir weitergehen, um bürokratische Hürden zu verringern und schnelle Entscheidungen zu ermöglichen. Außerdem setzen wir auf die Chancen der Digitalisierung, um Dokumentations- und Berichtspflichten zu vereinfachen und administrative Prozesse effizienter zu gestalten. Die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und Mobilfunk ist dabei ein zentraler Baustein. Ferner werden wir neue Gesetze einem Praxischeck unterziehen, um eine gut handhabbare Umsetzung sicherzustellen. Wirtschaft, Länder und Kommunen wollen wir zu einem Praxisgipfel einladen, der weitere konkrete nötige Maßnahmen für effektiven Bürokratieabbau erfasst und verabredet.

Die Grünen Gerade KMU leiden besonders unter aufwendiger Bürokratie und zu komplizierten Regeln. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden. Bei jeder Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung von Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Ein wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung: Wir wollen, dass öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nach dem Once-Only-Prinzip nur einmal eingereicht werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und reduzieren. Damit mehr Unternehmen von den KMU-Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die Definition von KMU moderat anheben.

FDP Die FDP steht für konsequenten Bürokratieabbau und eine echte Entrümpelung des Bundesrechts. Wir wollen ein sofortiges dreijähriges Bürokratie-Moratorium. In dieser Zeit dürfen per Saldo keine neuen Regularien beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen. Mit einem bürokratiefreien Jahr ohne Berichtspflichten stärken wir gerade junge Betriebe. Konkrete Bürokratie-Monster wollen wir abschaffen. Auf EU-Ebene setzen wir uns für eine Streichung der Richtlinien zur Lieferkettenregulierung und Nachhaltigkeitsberichterstattung ein. Auch im Bund wollen wir bürokratische Regelungen abschaffen – sei es das deutsche Lieferkettengesetz oder die Bonpflicht. Digitale Arbeitsverträge wollen wir für alle Branchen ermöglichen. Generell wollen wir in Deutschland mehr mit Genehmigungsfiktionen und Stichtagsregelungen arbeiten. Denn es kann nicht sein, dass Unternehmen über Monate in behördlichen Verfahren verzweifeln. Wenn eine Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf einen Antrag reagiert, muss der Regelfall künftig die automatische Genehmigung sein. Auch das bürokratische Vergaberecht wollen wir drastisch vereinfachen. Gerade KMU leiden unter den komplizierten Verfahren. Deshalb fordern wir, die Wertgrenze für Direktaufträge auf 100.000 Euro anzuheben. Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten wollen wir drastisch reduzieren und die Berücksichtigung von vergabefremden Kriterien bei der Auftragsvergabe ausschließen.

Die Linke Die Linke erkennt an, dass Bürokratie die Arbeitsweise vieler Unternehmen belasten kann. Allerdings sehen wir Bürokratieabbau nicht als Allheilmittel. Unser Fokus liegt auf der Entlastung von Bürger*innen sowie kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir setzen uns ein für eine Digitalisierung der Verwaltung, um Prozesse zu vereinfachen. Wir wollen überflüssige Dokumentationspflichten abbauen, besonders für KMUs. Antragsverfahren, z.B. bei Fördermitteln wollen wir vereinfachen. Bestehende Regelungen wollen wir praxisnah auf ihre Notwendigkeit prüfen.

Gleichzeitig betonen wir: Sinnvolle Regulierungen zum Schutz von Beschäftigten, Verbrauchern*inne und Umwelt dürfen nicht unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus ausgehöhlt werden. Unser Ziel ist eine effiziente, aber sozial gerechte Wirtschaft. Dafür braucht es gezielte Entlastungen, aber auch notwendige Regeln für ein faires Miteinander von Unternehmen, Beschäftigten und Gesellschaft